

Niederschrift
über die Sitzung des Schul- und Sportausschusses
am 22.05.2012

Tagungsort: Rochdale-Raum (Großer Saal, Altes Rathaus)
Beginn: 16:00 Uhr
Sitzungsunterbr
echung: 16.45 – 17.30
Ende: 18:25 Uhr

Anwesend:

CDU

Frau Petra Brinkmann
Frau Elke Grünewald
Frau Alexandra Heckeroth
Herr Marcus Kleinkes
Herr Andreas Rüther, Vorsitzender

SPD

Herr Lars Kornfeld
Herr Gerd Kranzmann, stellv. Vorsitzender
Herr Lars Nockemann
Frau Frauke Viehmeister
Herr Thomas Wandersleb

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Hannelore Pfaff
Frau Dr. Ingetraud Schulze

BfB

Herr Gerd-Peter Grün

FDP

Frau Ursula Burkert

Die Linke

Herr Bernd Schatschneider

Beratende Mitglieder

Frau Anne Röder
Herr Karl-Wilhelm Schulze
Frau Graciela Toledo Gonzalez
Herr Peter Edinger
Herr Dirk Hanneforth

Von der Verwaltung

Herr Beigeordneter Dr. Witthaus

Frau Fortmeier

Herr Günther

Herr G. Müller

Herr P.-M. Müller

Herr Stein, Geschäftsführer (Schriftführer Schule)

Herr Bockermann

Frau Feldmann (Schriftführerin Sport)

Frau Reher (Umweltamt, zu TOP 3.5)

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt Herr Vorsitzender Rüther die Beschlussfähigkeit und die form- und fristgerecht erfolgte Einladung fest.

Öffentliche Sitzung:

Zu Punkt 2 **Öffentliche Sitzung Sport**

Zu Punkt 2.1 **Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung Sport des Schul- und Sportausschusses am 24.04.2012 - Nr. 30/2009-2014**

Beschluss:

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung Sport des Schul- und Sportausschusses vom 24.04.2012 wird genehmigt.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 2.2 **Mitteilungen**

Herr Bockermann weist darauf hin, dass der Stadtsportbund (SSB) an die Ausschussmitglieder die neue Vereinsbroschüre und das aktuelle Rundschreiben des SSB als Tischvorlage verteilt hat.

Zu Punkt 2.2.1 **Sportplatz Am Wiesenbach**

Herr Bockermann berichtet, dass im Rahmen einer Bürgerversammlung im Februar einige Anregungen zur Gestaltung der neuen Sportgelegenheit Am Wiesenbach gesammelt worden sind. Diese sind in eine neue Version gemündet, die den Bürgerinnen und Bürgern in einer Veranstaltung am 23.05.2012, um 17 Uhr, in der kleinen Mensa der Gesamtschule Schildesche vorgestellt wird. Ziel ist es, einen Vorschlag zu erhalten, der dann in politischen Gremien diskutiert werden soll.

Zu Punkt 2.3 **Anfragen**

Keine.

Zu Punkt 2.4 **Anträge**

Zu Punkt 2.4.1 **Antrag der Ratsfraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 13.03.2012 zur Sportentwicklungsplanung**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3905/2009-2014

**Zu Punkt
2.4.1.1**

**Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 18.04.2012 zum
Antrag von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP zur
Sportentwicklungsplanung**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4100/2009-2014

Herr Rüter verweist auf den vorliegenden Antrag der Fraktionen von SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen sowie den Änderungsantrag der CDU-Fraktion.

Herr Schulze berichtet, dass der SSB, um die Diskussion zu unterstützen, einen Kompromissvorschlag unterbreiten werde.

Er betont, dass aus Sicht des SSB die Sportförderung eine zentrale Stellung einnimmt und Sportvereinsförderung ist. Deshalb ist es auch bei einem Kompromiss für den SSB unerlässlich, dass der Wechsel zwischen der Förderung kommunaler Baumaßnahmen und Vereinsbaumaßnahmen erhalten bleibt. Jedoch kann sich der SSB vorstellen, jeweils 10% der Sportpauschale mit einem Sperrvermerk zu versehen und dieses Geld für Investitionsmaßnahmen im Bereich des vereinsungebundenen Sports oder für Sportgelegenheiten zu verwenden. Auch einer Veränderung der Gremienstruktur würde sich der SSB nicht verschließen. Jedoch sei hier eine Trennung zwischen Sportentwicklungsplanung und Sportförderung wichtig. Bei der Sportentwicklungsplanung sind verschiedene Fachleute bzw. –stellen zu beteiligen. Die Sportförderung sollte in einer Arbeitsgruppe mit bisheriger Besetzung aus Politik und SSB bleiben. Bezüglich der Prioritätenliste der Investitionsförderung aus städtischen Mitteln berichtet Herr Schulze, dass sich von den 29 betroffenen Vereinen 27 für eine Beibehaltung der bisherigen Priorisierung ausgesprochen haben. Diesem Votum schließt sich der SSB an. Abschließend betont Herr Schulze noch einmal, dass es aus Sicht des SSB wünschenswert wäre, mit allen Fraktionen ein Bündnis für den Sport abzuschließen, dass den Vereinen zumindest für einen Zeitraum von 7 bis 10 Jahren eine Planungssicherheit gibt.

Herr Kranzmann berichtet, dass die SPD-Fraktion nach der letzten Sitzung des Schul- und Sportausschusses Gespräche mit dem SSB geführt habe. Dabei habe man klar gemacht, dass zwei Dinge besonders wichtig seien. Zum einen ist dies die Förderung des nicht organisierten Sports, zum anderen die Anerkennung der Leistung des SSB und der Vereine für die Sportentwicklung in Bielefeld. Herr Kranzmann betont, dass in den Gesprächen der SSB überzeugend dargelegt habe, wie wichtig die Planungssicherheit für die Vereine sei. Außerdem zeuge der Kompromissvorschlag von der Flexibilität des SSB. Aus diesem Grund wird die SPD-Fraktion dem Vorschlag des SSB folgen. Herr Kranzmann stellt klar, dass er diesen Kompromiss als Ergänzung des „Ampel“-Antrages sieht.

Herr Grün verweist auf die Länge der Beratungszeit zu diesem Thema und begrüßt den Kompromissvorschlag des SSB. Für ihn sei es jedoch auch denkbar, statt 10% nur 5% für Baumaßnahmen im Bereich des nicht organisierten Sports bzw. für Sportgelegenheiten zu sperren, dafür aber auch die Laufzeit dieser Vereinbarung zunächst nur mit 5 Jahren festzulegen.

Frau Dr. Schulze weist darauf hin, dass die Veränderungen im Sport wahrgenommen werden müssen. Sie begrüßt es, dass der SSB die Notwendigkeit einer Förderung des vereinsungebundenen Sports anerkennt. Sie sieht den Sport in Bielefeld sowohl aus Sicht der Kommune als auch aus Sicht des Vereinssports gut aufgestellt. Gleichzeitig weist Frau Dr. Schulze aber auch auf den hohen Sanierungsbedarf hin, der nicht nur bei den Sporthallen, sondern auch im Bereich der Kunstrasenplätze, in den nächsten Jahren besteht. Obwohl einige Sportarten nur auf Vereinssportanlagen ausgeübt werden können, sind 2/3 aller Sportstätten in kommunaler Hand. Der Antrag der Ampel-Fraktion ist nach Aussage von Frau Dr. Schulze offen. Den Vereinen kann über eine Prioritätenliste, die nach Kriterien und nicht nach Eigentumsverhältnissen gesteuert werden sollte, eine Planungssicherheit gegeben werden. Da die von der SPD angestrebte Änderung dem Ursprungsantrag zuwider läuft, wird die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nicht für diese Änderung stimmen.

Frau Burkert betont für die FDP-Fraktion, dass der Vorschlag nicht der Idealvorstellung der Fraktion entspricht, sie aber dem Kompromiss zustimmen wird. Es ist wichtig, den SSB einzubinden und durch seine Initiative ist nun die Möglichkeit gegeben, einen Konsens zu erzielen. Sie betont, dass es ihr wichtig ist, wieder eine gute Gesprächsbasis mit dem SSB gefunden zu haben.

Frau Brinkmann weist darauf hin, dass der Vorschlag des SSB bezüglich einer festen Vereinbarung über einen Zeitraum von 7 bis 10 Jahren für die Vereine Planungssicherheit bedeuten würde. Dies ist gerade für die Vereine wichtig, die bereits in Vorleistung getreten sind. Außerdem verdeutlicht Frau Brinkmann, dass viele städtische Sportstätten in einem noch schlechteren Zustand wären, wenn die Vereine, die ja auch in städtische Sportstätten investiert haben, nichts getan hätten. Sie gibt zu bedenken, dass die angedachte 10%-Klausel dazu führen könnte, dass nicht genügend Mittel zur Verfügung stehen, um größere Projekte in einem Jahr abzuwickeln. Zunächst müssten die Aufgaben mit einer Verpflichtung erledigt werden, dann kann über die Verwendung der restlichen Mittel entschieden werden.

Frau Brinkmann stellt den Antrag, die Sitzung zu unterbrechen, um sich über den neuen Vorschlag verständigen zu können.

Frau Dr. Schulze weist darauf hin, dass gerade eine Prioritätenliste Ziel des ursprünglichen Antrags ist. Natürlich sind dazu die Anregungen des SSB ernst zu nehmen und müssten in das zukünftige Verfahren einfließen.

Herr Grün unterbreitet den Vorschlag, die 10%-Klausel nur für die Jahre

zu vereinbaren, in denen die Vereinsbaumaßnahmen gefördert werden. In den Jahren der Förderung kommunaler Bauvorhaben sollte aufgrund des großen Investitionsstaus die komplette Sportpauschale für diese Projekte zur Verfügung gestellt werden.

Herr Kleinkes begrüßt es, dass die Kommunikation der Fraktionen mit dem SSB die Diskussion belebt. Er unterstreicht noch einmal die dringende Notwendigkeit einer Planungssicherheit für die Vereine, die Empfänger der Zuschüsse aus der Sportpauschale sind. Er bedauert, dass der Antrag der CDU-Fraktion in der letzten Sitzung nicht inhaltlich diskutiert werden konnte, wünscht sich aber eine Einigung aller Fraktionen zum Wohle des Sports.

- Die Sitzung wird von 16.45 Uhr bis 17.30 Uhr unterbrochen. -

Nach Abschluss der Sitzungsunterbrechung berichtet Herr Rütter, dass es eine intensive Beratung im Sinne des Sports gegeben hat. Leider ist es nicht gelungen, einen für alle Fraktionen tragfähigen Kompromiss zu erarbeiten, aber für den erarbeiteten Kompromiss eine breite Basis zu finden. Anschließend verliest Herr Rütter den erarbeiteten Beschlusstext.

Frau Dr. Schulze stellt heraus, dass der erarbeitete Beschlussvorschlag mit dem Ursprungsantrag nicht kompatibel ist und deshalb auch nicht von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mitgetragen wird. Durch die Erstellung von zwei Prioritätenlisten und das Nicht-Einfließen möglicher Kriterien sei dieser Kompromiss nicht im Sinne des Sports. Trotzdem werde sich die Fraktion auch weiterhin dafür einsetzen, dass die Sportpauschale für sinnvolle Sportbaumaßnahmen verwandt wird.

Herr Schulze dankt den Ausschussmitgliedern im Namen des SSB und seiner Vereine, dass eine Lösung gefunden worden ist, die auch von einer breiten Mehrheit mitgetragen wird.

Herr Schatschneider betont, dass die erarbeitete Lösung nicht seiner Wunschvorstellung entspricht, er sie aber als Kompromiss zum Wohle des Sports sieht und deshalb unterstützen wird.

Frau Brinkmann bewertet das Ergebnis als gute Regelung, die sowohl Vereinen als auch Kommunen Planungssicherheit geben wird.

Beschluss:

Der Schul- und Sportausschuss beschließt:

- 1. Die Arbeitsgruppe Sportentwicklungsplanung wird beauftragt, auf der Basis des Gutachtens „Grundlagen der Sportentwicklung in Bielefeld“ aus dem Jahr 2009, der „Ziele der Sportentwicklung“ und der „Eckpunkte für die Sportstättenentwicklung“ dieses Antrags einen Sport- und Sportstättenentwicklungsplan zu erarbeiten und dem Ausschuss zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen. Eine Entscheidung des Rates sollte noch im Jahr 2012**

erfolgen.

2. Die Mittel der Sportpauschale werden im jährlichen Wechsel für städtische und vereinsgebundene Maßnahmen verwendet.

In den Jahren, in denen die Mittel für vereinsgebundene Maßnahmen anstehen, werden 10% der Mittel mit einem Sperrvermerk versehen.

Diese Mittel sind vorgesehen für solche Maßnahmen, die dem nicht in Vereinen organisierten Sport oder auch Sportgelegenheiten zugute kommen sollen. Maßnahmen, die von Sportvereinen für Nichtmitglieder konzipiert, betreut oder anteilig finanziert werden, genießen dabei Priorität. Liegen keine „sinnvollen“ Projekte vor, fließen die Mittel den beantragten Vereinsprojekten in vollem Umfang zu. Diese Regelung gilt zunächst für sieben Jahre.

3. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppe Sportentwicklungsplanung mit den Empfehlungen zu einem Sport- und Sportstättenentwicklungsplan sollen den Bezirksvertretungen vorgestellt werden.
4. Die Verwaltung wird beauftragt,
 - einen Vorschlag für die Änderung der Gremienstruktur im Bereich der Arbeitsgruppen des Sportausschusses vorzulegen.
 - mit der Arbeitsgruppe Sportförderungsrichtlinien die Sportförderungsrichtlinien unter Berücksichtigung der Kriterien zu überarbeiten.
 - Investoren bei der Realisierung kommerzieller Sportanlagen unterstützend zu begleiten.
5. Der Sportentwicklungsplan wird mit seinem Kriterienkatalog zur Basis für zukünftige Entscheidungen im Bereich des Sports.
6. Der Schul- und Sportausschuss wird mit der Entscheidung über einen Sportentwicklungsplan auch Prioritätenlisten für die Finanzierung und Realisierung der verschiedenen Maßnahmen – kommunale sowie vereinseigene – beschließen.

13 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen,
somit mehrheitlich beschlossen

Zu Punkt 2.4.2 Antrag der Ratsfraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 10.05.2012 zur Belegung der Sporthallen an Grundschulen

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4169/2009-2014

Frau Dr. Schulze weist darauf hin, dass die Verwaltung nicht in allen Grundschulen nach freien Kapazitäten fragen, sondern gezielt die Schulen ansprechen soll, wo z. B. durch Veränderung der Zügigkeit die Vermutung nahe liegt, dass hier eine Sportstätte nicht voll ausgelastet ist. Ziel sei es, eine effektivere Auslastung zu erreichen.

Herr Kleinkes betont, dass auch die CDU-Fraktion diesem Antrag zustimmen wird. Er stellt jedoch heraus, dass diese freien Kapazitäten nicht nur im Bereich des Senioren- und Gesundheitssports, sondern auch für die Mutter-Kind-Gruppen dringend benötigt werden.

Herr Müller stellt heraus, dass der lehrplanmäßige Unterricht vorrangig zu betrachten ist. Bei vorgesehenen drei Unterrichtsstunden pro Woche ergibt sich ein rechnerischer Bedarf von 1440 Stunden, dem eine Kapazität von 1305 Stunden gegenübersteht. Somit ergibt sich ein rechnerisches Defizit von 135 Stunden. Herr Müller geht jedoch auch davon aus, dass die Situation von Schulstandort zu Schulstandort unterschiedlich ist. Aus diesem Grund ist es aus seiner Sicht sinnvoll, dass das Amt für Schule etwa 10 Grundschulen ansprechen und dort freie Zeiten abfragen wird.

Außerdem weist Herr Müller darauf hin, dass zurzeit im Rahmen des Projektes Sport4kids durch das Büro des Oberbürgermeisters parallel an allen Schulen freie Kapazitäten im Zeitfenster von 14 bis 18 Uhr abgefragt werden.

Beschluss:

- 1. Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob und in welchem Umfang Hallenzeiten in den Sporthallen der Grundschulen in der Zeit von 8.00 - 16.00 Uhr von den Grundschulen nicht benötigt werden.**
- 2. Die Verwaltung wird gebeten, dem Schul- und Sportausschuss möglichst zeitnah darüber zu berichten.**

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 2.5

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Kein Bericht.

Zu Punkt 3 **Öffentliche Sitzung Schule**

Zu Punkt 3.1 **Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung Schule des Schul- und Sportausschusses am 24.04.2012 - Nr. 30/2009-2014**

Beschluss:

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung Schule des Schul- und Sportausschusses am 24.04.2012 – Nr. 30/2009-2014 – wird genehmigt.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 3.2 **Mitteilungen**

Zu Punkt 3.2.1 **Zweite Integrative Lerngruppe an der Martin-Niemöller-Gesamtschule und Reduzierung der Aufnahmekapazität der Schule**

Den Ausschussmitgliedern wird folgende Mitteilung in schriftlicher Form ausgehändigt:

„Reduzierung der Aufnahmezügigkeit der Martin-Niemöller-Gesamtschule von acht auf sieben Züge

Mit Schriftsatz vom 16.05.2012 hat die Stadt Bielefeld Klage vor dem Verwaltungsgericht Minden erhoben und beantragt, das beklagte Land Nordrhein- Westfalen unter Aufhebung des Bescheides der Bezirksregierung Detmold vom 04.04.2012 (Az.: 48.2-6004), zugestellt am 16.04.2012, zu verpflichten, die Reduzierung der Klassenzügigkeit der Martin-Niemöller-Gesamtschule der Stadt Bielefeld von acht auf sieben Züge, indem jeweils pro Schuljahr sieben anstatt bisher acht Eingangsklassen gebildet werden, gemäß dem Beschluss des Schulträgers vom 29.02.2012 (Az.: Drucksachen- Nr. 3779/2009-2014) zu genehmigen.

Die Klageerhebung erfolgte zunächst zur Fristwahrung. Die Klagebegründung folgt.“

Zu Punkt 3.2.2 **Schreiben der Schulpflegschaft der Leineweberschule zur Inklusion in Bielefeld**

Herr Müller berichtet, dass die Schulpflegschaft der Leineweberschule mit Datum vom 10.05.2012 ein umfassendes Schreiben zur Inklusion in Bielefeld an die Mitglieder des Schul- und Sportausschusses gerichtet hat.

Das Schreiben wird zunächst an die Arbeitsgruppe Schulentwicklungsplanung Sek. I/II zur Berücksichtigung im weiteren Verfahren weitergeleitet.

Zu Punkt 3.3 Anfragen

Anfragen liegen nicht vor.

Zu Punkt 3.4 Anträge

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

Anträge liegen nicht vor.

**Zu Punkt 3.5 Vorstellung von Schulprojekten zur Umsetzung der Klimaschutzziele der Stadt Bielefeld
Berichterstattung: Frau Reher, Umweltamt, und Herr Günther, Stab Dezernat 2**

Frau Reher vom Umweltamt und Herr Günther vom Stab des Dezernates 2 stellen ausführlich Schulprojekte zur Umsetzung der Klimaschutzziele der Stadt Bielefeld vor.

Frau Reher berichtet insbesondere über die Projekte „Energiesparen macht Schule“, „Kindermeilenkampagne“ und „Klimagesunde Küche“. Herr Günther stellt das Projekt „Abfall sparen macht Schule“ vor. Der Vortrag von Frau Reher ist dieser Niederschrift als Anlage 1 beigefügt.

Herr Günther berichtet zum neuen, sich noch in der Konzeptionierungs- und Anlaufphase befindlichen Pilotprojekt „Abfallsparen macht Schule“. Er erläutert, dass Umwelterziehung ein zentrales Bildungsthema ist. Die Stadt Bielefeld verfolgt daher das Ziel, bei den Kindern und Jugendlichen aller Schulformen ein positives Verhältnis zur Natur zu entwickeln und aktiv erlebbar werden zu lassen. Hierzu hat die Stadt Bielefeld in der Vergangenheit bereits zahlreiche Aktivitäten zu den Themen „Energiesparen“ und „Klimaschutz“ eingeleitet. Neuere Untersuchungen haben ergeben, dass an den städtischen Schulen ein sehr unterschiedlich hohes Abfallaufkommen anfällt. Das relative Restmüllaufkommen je Schülerin und Schüler liegt erheblich über dem Durchschnitt von Privathaushalten. Auch entspricht die Abfallentsorgung an vielen Schulen nicht den ökologischen Standards.

Das Projekt verfolgt zwei nebeneinander gleichrangig bestehende Ziele: Zum einen soll erreicht werden, dass an den Schulen eine den ökologischen Anforderungen entsprechende Abfalltrennung praktiziert und insbesondere der Anteil der verwertbaren Wertstoffe erhöht wird. Hieraus folgt zum anderen eine unmittelbare Reduzierung des Restmüllanteils und damit eine deutliche Senkung der Abfallgebühren, an denen die mitwirkenden Schulen über eine Motivationsprämie beteiligt werden sollen.

Interessierte Schulen aller Schulformen erhalten die Möglichkeit,

zunächst an einer 6- monatigen Pilotphase mitzuwirken. Je Schulform soll mindestens eine Schule als Pilotschule ausgewählt werden. Die Pilotphase soll dazu dienen, Modelle für einen ressourcensparenden Umgang mit Abfällen an den unterschiedlichen Schulformen zu entwickeln und zu erproben, um somit Richtwerte und Handlungsempfehlungen für die weitere Vorgehensweise zu erhalten. Während der Pilotphase sollen in enger Zusammenarbeit mit den schulischen Akteuren (Schulleitung, Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler, OGS-Teams, Hausmeister, Reinigungskräfte) und unter Begleitung von erfahrenen Abfallberatern des Umweltbetriebes alle Entsorgungsprozesse an der jeweiligen Schule analysiert, bewertet und optimiert werden.

Die Pilotphase ist geplant für den Zeitraum vom 01.09.2012 bis zum 28.02.2013. Die Ergebnisse werden danach evaluiert und auf Übertragbarkeit hin überprüft.

Durch die Unterstützung von Experten bei der Optimierung von Entsorgungsprozessen in Klassenräumen und im Schulgebäude werden die Schulen zur „Abfall sparenden Schule“. Damit erhöht sich gleichzeitig deutlich das ökologische Image der Schulen.

An den dauerhaft eingesparten jährlichen Entsorgungskosten werden die Schulen beteiligt. Diese Summe erhalten die Schulen nach Realisierung der Einsparmaßnahme zusätzlich zu ihrem Schulbudget zur freien Verfügung.

Schulen konnten sich bis zum 21.05.2012 in schriftlicher Form für eine Teilnahme am Pilotprojekt bewerben.

Insgesamt 11 Schulen haben sich beworben, davon fünf Grundschulen, eine Hauptschule, eine Realschule, ein Gymnasium, eine Förderschule sowie ein Berufskolleg.

Die Auswahl der Pilotstandorte wird durch eine Projektgruppe, die mit Vertretern des Amtes für Schule, des Immobilienservicebetriebes, des Amtes für Finanzen, des Umweltbetriebes und des Umweltamtes besetzt ist, bis zum 31.05.2012 erfolgen.

Im Juni 2012 wird mit den an der Pilotphase teilnehmenden Schulen eine gemeinsame Auftaktveranstaltung stattfinden.

Als zentrale Handlungsfelder wurden bereits erkannt:

- nicht angemessenes Behältervolumen an vielen Schulen
- starke Fremdbefüllung durch Dritte
- nicht ausreichende Mülltrennung
- Notwendigkeit der Optimierung der Reinigungsleistungen
- Notwendigkeit der Verstärkung der Bildungs- und Umweltarbeit

An der sich anschließenden Diskussion beteiligen sich Frau Pfaff, Frau Dr. Schulze, Frau Reher, Herr Günther und Herr Müller.

Frau Dr. Schulze bittet darum, die Nachhaltigkeit der Kindermeilenkampagne im Auge zu behalten. Zudem sollte im Rahmen des Projektes „Klimagesunde Küche“ der Gesundheitsaspekt Berücksichtigung finden. Beim Projekt „Abfall sparen macht Schule“ sollte der Schwerpunkt insbesondere auf das Ziel der Abfallvermeidung gelegt werden.

Frau Reher berichtet, dass sich viele Schulen jährlich am Projekt „Kindermeilenkampagne“ beteiligen sowie das Thema in verschiedenste Schulaktivitäten einbringen. Insofern sei eine Nachhaltigkeit durchaus gegeben. Die Bielefelder Schulküche sei nicht nur unter dem Aspekt der

„klimagesunden Küche“, sondern auch unter dem Aspekt „gesunde Küche“ als gut zu bezeichnen. Dies haben mehrfache Kontrollen sowie die Rückmeldungen der Schulen und Essenteilnehmer/innen gezeigt. Herr Müller ergänzt, dass inzwischen 70-80 % des Mittagessens erst am selben Tag über das Internet bestellt wird. Daher müsse das Mittagessen tagesaktuell gekocht werden. Ein „cook and chill-Verfahren“ (Kochen, sofortiges starkes Herabkühlen und bedarfsgerechtes Endgaren am Verzehrort) sei deshalb nicht möglich. Die Schulverpflegung in Bielefeld in der jetzigen Form kann jedoch, wie von Frau Reher bereits erläutert, als gesund, kindgerecht und klimafreundlich gekennzeichnet werden.

Zu Punkt 3.6 Freigabe von Haushaltsmitteln aus dem PSP-Element 13.000.288.770.001 unter dem Sachkonto 54310155 zur Ausstattung städtischer Schulen mit Mobiliar

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4132/2009-2014

Beschluss:

Der Schul- und Sportausschuss gibt aus dem PSP-Element 13.000.288.770.001 unter dem Sachkonto 54310155 folgende Mittel frei:

Volkeningschule, Bielefeld-Mitte 4100 €.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 3.7 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Es erfolgt kein Bericht.

Rüther, Vorsitzender

Kranzmann, stellv. Vorsitzender

Feldmann, Schriftführerin Sport

Stein, Schriftführer Schule

